

Steigende Reispreise

Laotische Endverbraucher beginnen nun die Auswirkungen der Preissteigerungen von Reis zu spüren. In den letzten Monaten sind die Reispreise in Laos gestiegen, zeitgleich mit den Preisen für andere Lebensmittel. Laut einer Presseerklärung der *Food and Agriculture Organization* der *United Nations* (FAO) am 27. Juli betrug der durchschnittliche Reispreis im Juni 2010 pro Kilogramm 7.700 Kip (0,71 Euro). Das ist höher als zu den Spitzenzeiten der globalen Lebensmittelpreiskrise im September 2008. Zurzeit kostet ein Kilo Reis zwischen 6.000 und 8.000 Kip je nach Sorte. Anfang des Jahres gab es das Kilo noch für 4.000 bis 5.500 Kip. In Thailand dagegen stürzt der Exportpreis vom höchsten Wert mit 618 US-Dollar pro Tonne (Dezember 2009) zum absoluten Tiefpreis von 464 US-Dollar pro Tonne (Juli 2010). »Vor dem Hintergrund, dass die Inflation der Endverbraucherpreise 2009 relativ niedrig war, treffen die steigenden Reispreise besonders

die Menschen mit geringem Einkommen«, so Kisan Gunjal von der FAO. Die Preise im Juni sind 13 Prozent höher als im November 2009. Laut eines Berichts der Abteilung Landwirtschaft der Provinz Luang Prabang haben dort Dürre und Flut zuletzt 100 Hektar frisch angepflanzten Nassreis zerstört. Das wird in den kommenden Monaten mehr Druck auf die Preise erzeugen, so der Direktor der Abteilung Land- und Forstwirtschaft in Luang Prabang. Beamte der Abteilung sammeln zurzeit Informationen über das Ausmaß, um die betroffenen Bauern mit Saatgut und Setzlingen zu unterstützen. Die Bauern werden ermutigt, andere Pflanzen wie zum Beispiel Sesam und Mais anzubauen. Die kommerzielle Produktion solcher Pflanzen erzielt ein höheres Einkommen, mit dem dann Reis angekauft werden kann und andere Haushaltsausgaben gedeckt werden können. Durch intensivierete Reisanbaumethoden sollen die Ernteerträge erhöht werden. Die

Methode des »single seedling« hat sich in der Provinz Luang Prabang als lohnend erwiesen, so können sechs bis neun Tonnen pro Hektar geerntet werden. Traditionelle Methoden mit drei bis fünf Setzlingen führen nur zu drei bis vier Tonnen pro Hektar. Die Provinz Luang Prabang benötigt 160.000 Tonnen pro Jahr, aber erntet nur 90.000 Tonnen jährlich. Die Abteilung Land- und Forstwirtschaft hofft, dass die Bauern der Provinz dieses Jahr über 100.000 Tonnen Reis produzieren und suchen unterdessen Unterstützung von der Zentralregierung. Insgesamt 3,3 Millionen Tonnen eigene Reisproduktion landesweit ist das Ziel der Regierung für dieses Jahr. Die Zentralregierung half mit Reis aus der Vorratsspeicherung aus. Die Auswirkungen auf den Preis sind bisher noch nicht bekannt. Die FAO beobachtet die Reispreise im Land weiterhin sehr genau.

vgl. www.vientianetimes.org.la,
30.7.2010; KPL News 29.7.2010

Regierung rechnet mit 1,22 Millionen Touristen

Der Sprecher der Nationalen Tourismusbehörde ist optimistisch: »Wenn Laos es schafft, nächstes Jahr 1,22 Millionen Touristen anzuziehen, dann kann das ein Einkommen von 288 Millionen US-Dollar für das Land bedeuten.« Die Erreichung dieses Ziels hängt jedoch von mehreren Faktoren ab, darunter die politische Stabilität Thailands und wie gut Laos als Reiseziel im Ausland beworben wird. Die meisten Touristen reisen immer noch über Thailand ein, deshalb sind mehr Grenzübergänge von dort aus nötig, ähnlich wie

an der Grenze zu Vietnam oder auch mehr Direktflüge aus anderen Ländern. Unter anderem erwähnte er auch, dass die Einreiseprozeduren deutlich beschleunigt werden müssen, um die Touristen nicht übermäßig zu frustrieren. Dazu sind einheitliche Regeln für die Visumausstellung geplant. Er sprach sich für eine angemessene Anpassung von Tourpreisen aus sowie für Tourismusangebote, die sich von denen anderer Länder unterscheiden. Im Hauptfokus stehen dabei die Natur und die unterschiedlichen ethnischen Kultu-

ren. Dem Sprecher zufolge sind einige der Unterkünfte noch nicht den ASEAN-Standards angepasst, das soll in Zukunft geschehen. Um den Tourismus zu fördern ist eine intensive Zusammenarbeit der Regierung mit Lao Airlines und anderen Tourismusunternehmen geplant, vor allem zur 450-Jahr-Feier von Vientiane im November. Um mehr Einnahmen zu generieren, soll auch der inländische Tourismus angekurbelt werden.

vgl. www.vientianetimes.org.la 5.7.2010

»Agreement« mit den USA

Der laotische Vize-Premierminister und gleichzeitig Außenminister Thongloun Sisoulith und die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton trafen sich in Washington zu einem Gespräch über gemeinsame Interessen in Südostasien. Sie feierten gleichzeitig das 55. Jubiläumsjahr der bilateralen diplomatischen Beziehungen zwischen Laos und den USA. Auszüge aus dem Text der gemeinsamen Erklärung der USA und Laos, ausgestellt am 13. Juli 2010 in Washington, D.C.: »Die USA und Laos setzen ihre lang andauernde Kooperation in folgenden Bereichen fort: Vermisstensuche in Indochina, nicht explodierte Blindgänger aus der Zeit des Krieges und Kampf gegen Drogensucht und Drogenhandel. In jüngster Vergangenheit arbeiteten beide Länder eng zusammen im Kampf gegen Epidemien und führen nach und nach ihre militärische Kooperation fort, die mit dem Austausch von Verteidigungsattachés begann.« Beide Länder unterzeichneten ein *Open Skies Agreement*, das Handel und Tourismus unterstützen soll. Diskutiert wurden auch Möglichkeiten, die Rolle der Behörde

für Internationale Entwicklung der Vereinigten Staaten/*US Agency for International Development* in Laos auszubauen. Das Treffen rief großen Protest beim *Center for Public Policy Analysis* (CPPA), der *United League for Democracy* in Laos (ULDL) und einer Koalition aus Laotischen und Hmong Nicht-Regierungsorganisationen hervor. Laos sei immer noch ein Ein-Parteien-Staat und ein autoritäres Regime, eng verbunden mit der Militärjunta in Burma und dem stalinistischen Nord-Korea. Sie beanstandeten, dass bei den Gesprächen weder der Verbleib der zwangsrepatriierten Angehörigen der Hmong aus Thailand nach Laos, noch die Themen Menschen- und Bürgerrechte angesprochen wurden. Drei Hmong-Angehörige amerikanischer Nationalität werden immer noch in Laos vermisst. In ihrer Pressemitteilung fordern die Menschenrechtsorganisationen unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen in Laos, darunter die Anführer der Studentenproteste 1999 und 2009. Sie fordern Zugang für internationale Beobachter zu den Flüchtlingen, die aus dem Flüchtlingslager

Nong Khai nach Laos gebracht worden waren. Sie fordern weiterhin den Stopp militärischer Angriffe auf die im Dschungel lebenden Angehörigen der Hmong sowie die Kündigung des Abkommens mit Vietnam, das die gegenseitige militärische Unterstützung bei der Verfolgung der Dissidenten garantiert.

vgl. <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2010/07/144532.htm>, 13.7.2010;
<http://www.scoop.co.nz/stories/print.html?path=WO1007/S00323.htm>, 17.7.2010

100 Millionen US-Dollar aus Staudammprojekt

Die Nam Theun zwei Elektrizitätsgesellschaft hat der Laotischen Regierung Anteilsbesitz im Wert von über 100 Millionen US-Dollar übergeben, darunter Straßen, Stromleitungen und kommunale Güter wie Schulen, Gesundheitszentren und Wasserversorgungssysteme. Am 29. Juni 2010 wurden im Rahmen einer Zeremonie in Thakhek (Provinz Khammouane) die Anteile übergeben, die unter einem Lizenzvertrag zwischen der Regierung und dem Unternehmen gebaut worden waren. Jetzt gehören die Gemeinschaftsanlagen diversen Regierungsbehörden und der laotischen Bevölkerung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates sprach von enormen Verbesserungen im Leben der Menschen, die vom Straßenbau und dadurch besserer Anbindung an Märkte profitieren. Soulivong Daravong, Minister für Energie- und Bergbau lobte das Projekt als eines der wichtigsten im Land und zusätzlich zu den finanziellen Gewinnen auch den Beginn der ländlichen Entwicklung dieser Region. Er erwähnte die Verbesserung der Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung, die insgesamt zu einer Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung führe.

vgl. <http://laovoices.com>, 1.7.2010

Bedenken gegenüber Entwicklungsstrategie

Das INGO (*International Nongovernmental Organization*)-Netzwerk in Laos äußerte Bedenken gegen die rasche Entwicklung des Landes. Sie mahnten die Regierung, das Tempo zu drosseln und den Umfang großer ausländischer Investitionsprojekte zu reduzieren. Riesige Projekte vor allem in der Rohstoffindustrie stellen momentan die Basis der laotischen Entwicklungsstrategie dar. Die Hauptcharakteristika solcher Megaprojekte sind die großen Areale, die sie benötigen und die Beschäftigung meist ausländischer Arbeiter. Die einheimische Bevölkerung profitiert kaum. Viele der Projekte haben negative Auswirkungen auf die Umwelt und auf die sozio-

ökonomische Entwicklung des Landes. Premierminister Bouasone Bouphavanh hatte internationalen Unternehmern und regionalen Politikern zuvor mitgeteilt, dass Laos kein geringeres Ziel hat als ein jährliches Wachstum von acht Prozent bis zum Jahr 2015. Bisher beträgt das durchschnittliche jährliche Wachstum circa sieben Prozent. Das Ziel der Regierung ist es, das Land bis 2020 aus dem Status »unterentwickelt« herauszuheben. Die Nicht-Regierungsorganisationen forderten die Regierung auf, eine »achtsamere Entwicklung« anzustreben.

vgl. <http://www.straitstimes.com>, 7.7.2010